

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305 FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 180

Strom-Sozialtarif für Einkommensschwache - LINKE fordert Entlastung bei Energiekosten

Aachen, den 11. Dezember 2012

Der Anstieg der Energiepreise vor allem beim Strom führt zu vermehrten Absperrungen, weil viele Kunden nicht mehr in der Lage sind ihre Rechnungen zu bezahlen. Einkommensschwache Haushalte leiden besonders stark unter dem stetigen Anstieg der Strompreise, da sie sich selten neue und stromsparende Haushaltsgeräte leisten können. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass von den regionalen Energieversorgern wie Enwor und EWV ein Sozialtarif für Strom aus 100 % erneuerbaren Energien eingeführt wird. Anspruch auf den Sozialrabatt auf Ökostrom sollen alle diejenigen haben, die von der Rundfunkgebührenpflicht befreit sind, wie z. B. Empfänger staatlicher Leistungen.

Die Energieversorger stehen dem Antrag der LINKEN ablehnend gegenüber. Sie halten es für ausreichend, wenn Geringverdiener die Angebote der Stromsparhelfer nutzen und sich über Einsparmöglichkeiten beraten lassen. Da immer mehr Menschen im Sozialleistungsbezug die Absperrung nicht verhindern können, wurde seit 2004 eine direkte Abrechnung der Betreiber mit dem Jobcenter vereinbart und Ratenzahlungen ermöglicht.

DIE LINKE hält die Maßnahmen für unzureichend, um die Daseinsvorsorge mit Strom zu gewährleisten. Sie möchte über die Städteregion als Anteilseigner von Enwor und EWV die regionalen Energieversorger in die Pflicht nehmen, preiswerten Strom für sozial Schwache anzubieten. Als Tagespunkt in der nächsten Sitzung des Städteregionstages am 13. Dezember 2012 beantragt sie deshalb, dass die von der Städteregion entsandten Mitglieder in ihren jeweiligen Gremien (Aufsichtsräten, Gesellschafterversammlungen) aktiv werden. Die Verwaltung schließt sich jedoch in ihrer Vorlage lediglich den Argumenten der Energieversorger an, anstelle durch die von der LINKEN vorgeschlagene Vereinfachung der Anspruchsberechtigung die Einführung des Sozialtarifes zu erleichtern und kostensparend umzusetzen.

"Solange keine armutsfeste Mindestsicherung für alle durchgesetzt ist, halten wir den Strom-Sozialtarif für unerlässlich. Auch in unserer Region sind Haushalte von Absperrungen betroffen. Dabei gehört das Angebot von Strom zur unerlässlichen Daseinsvorsorge", begründet Harald Siepmann, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen den Antrag. "Beim Sozialtarif im ÖPNV hat die Einführung in der Region Jahre gedauert. Beim Strom müssen wir wohl auch erst auf eine Lösung warten."